

Die trübe Wahrheit hinter der Klimabilanz

VON ANTJE HÖNING

Es gibt noch gute Nachrichten, selbst beim Klimaschutz: Deutschland hat seine Emissionen im vergangenen Jahr erneut gesenkt und einen historischen Tiefstand erreicht. Das ist im Kampf gegen die Erderwärmung ein Lichtblick. Auch der Umbau der Energiebranche schreitet voran: 55 Prozent des Stromverbrauchs werden durch Solaranlagen und Windparks gedeckt. Der frühere RWE-Chef Jürgen Großmann, der einst getönt hatte, die Förderung von Solarenergie in Deutschland sei so sinnvoll „wie Ananas züchten in Alaska“, ist einmal mehr widerlegt. Doch zur Wahrheit gehört auch, dass Deutschland erstens sein Back-up-Problem beim Strom noch nicht gelöst hat und entsprechend stark seine Stromimporte hochfahren muss, wenn Dunkelflaute herrscht. Dass zuletzt ein Viertel der Stromimporte aus (französischen) Atomkraftwerken stammte, ist dabei eine besondere Fußnote.

Zweitens gehört zur Wahrheit, dass Deutschland jenseits des Energiesektors nicht viel erreicht hat: Zwar sanken auch in den Bereichen Gebäude und Verkehr die Emissionen, doch die Zielvorgaben haben wir trotzdem verfehlt. Bitter ist die Entwicklung im Verkehr: Bei den Pkw-Emissionen passiert nichts, und die Lkw-Emissionen sinken nur, weil wegen der Dauerrezession immer weniger Lastwagen unterwegs sind. Dass Robert Habeck die Bilanz dennoch als Erfolg wertet, ist nur mit wahlkampfbedingter Kurzsichtigkeit zu erklären: Klimaerfolge, die auf dem Siechtum der Industrie basieren, sind Misserfolge. Anders als der Minister meint, ist Deutschland beim Klimaschutz nicht auf Kurs – schon gar nicht bei Gebäuden. Dass der Absatz von Wärmepumpen sich 2024 fast halbiert hat und Gasheizungen boomen, zeigt das folgenreiche Scheitern seines Heizungsgesetzes. Der Klimaminister erweist sich einmal mehr als Scheinriese. Je genauer man hinschaut, desto kleiner ist er.

Habeck spricht die Wahrheit aus

VON BIRGIT MARSCHALL

Nach-Wirtschaftsminister und Grünen-Spitzenkandidat Robert Habeck will die Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung erhöhen, das wäre fast das Doppelte des bisherigen 80-Milliarden-Budgets. Nun prasselt die Kritik der Wettbewerber auf ihn herein – zu Unrecht. Denn die hängt sich vor allem an der Zahl 3,5 auf. Hätte Habeck 2,5 oder drei Prozent verlangt, wäre er ebenso angegriffen worden.

In dieser Debatte sollte es weniger um Prozentsätze und genaue Höhen als um das Grundsätzliche gehen. Es ist richtig von Habeck, die Bürger im Wahlkampf auf das Notwendige vorzubereiten. Deutschland wird um die drastische Steigerung seines Verteidigungsetats nicht herumkommen, wenn es aggressiven Kriegsherren wie Wladimir Putin die Stirn bieten und militärische Bedrohungen glaubwürdig abschrecken will. Die Bundeswehr ist viel zu schwach und unterversorgt – trotz des 100-Milliarden-Sondervermögens von 2022, das bis 2027 aufgebraucht sein wird. Zu erwarten ist ohnehin, dass der künftige US-Präsident Donald Trump die Europäer vor die Wahl stellen wird: Entweder ihr erhöht eure Rüstungsausgaben deutlich über die bisherige Nato-Quote von zwei Prozent – oder ihr könnt euch der US-Schutzmacht nicht mehr sicher sein.

Also wird sich für die neue Bundesregierung nur noch die Frage der Finanzierung stellen. Habeck schlägt die Reform der Schuldenbremse oder ein neues, diesmal deutlich höheres Sondervermögen für die Bundeswehr vor. Aus Zeitgründen ist das Sondervermögen die bessere Lösung. Dem sollte aber die akribische Überprüfung aller Ausgaben vorangehen: Erst muss der Haushalt konsolidiert, dann das Sondervermögen errichtet werden. Zu hoffen ist, dass die demokratischen Parteien dafür nach der Wahl die nötige verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit finden.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Ein Archiv in den Niederlanden über die Kollaboration mit deutschen Besatzern ist nur teilweise öffentlich. Nun wird über die Frage debattiert, ob der Schutz von Opfern – und Tätern – mehr wiegt als die Aufarbeitung der Wahrheit.

Privatsphäre gegen Transparenz

VON TOBIAS MÜLLER, DEN HAAG

W am frühen Morgen des 2. Januar die Website des niederländischen National Archief aufrief, wurde zunächst verärgert. „Einen Augenblick Geduld bitte“, hieß es dort. Und dass es sein könnte, dass die Website zwischenzeitlich nicht erreichbar ist, wenn man den großen Andrang nicht reguliert. Nach rund einer Minute wurde man dann weitergeleitet – und landete, an diesem ersten Arbeitstag 2025, direkt in der neuen Wirklichkeit: Nach 80 Jahren ist das größte Kriegsarchiv des Landes, das Centraal Archief Bijzondere Rechtspleging (CABR), öffentlich gemacht worden – zumindest teilweise.

„Die Leute wollen nicht nur wissen, wer ihre Familie verraten hat“

Margo Weerts
Direktorin der jüdischen Wohlfahrtsstelle

„Es ist anders gelaufen als gedacht“, räumt Afelonne Doek ein, als sie, nachdem das Archiv an diesem kalten Morgen seine Tore öffnet, im Foyer eine kurze, aber feierliche Ansprache hält. Doek, die als Allgemeine Reichsarchivarin auch mit an der Spitze der niederländischen Institution steht, betont die Bedeutung öffentlich zugänglicher Archive für Demokratie und Transparenz, um Geschichte zu begreifen und heikle Fragen gemeinsam zu besprechen. Was das besagte Kriegsarchiv betrifft, sagt sie: „Ich hätte uns gegönnt – als Gesellschaft und individuell –, diese schwierige Vergangenheit gemeinsam zu verarbeiten.“

Das CABR enthält rund 425.000 Akten über Personen, die während der deutschen Besatzung zwischen 1940 und 1945 der Kollaboration verdächtigt wurden, aber nur teilweise vor Gericht landeten. Ein Register mit ihren Namen ist seit jenem kalten Morgen nun online einsehbar. Doch wer sich über einen oder mehrere davon informieren möchte, muss für sein Anliegen nun beim Archiv einen Antrag stellen, wo die entsprechenden Akten dann zur

Einsicht bereitgelegt werden. Mehrere Tausend Anträge sind schon am 2. Januar innerhalb weniger Stunden eingegangen.

Eigentlich jedoch sollte das Spezialarchiv, das 3,8 Kilometer lang ist, nun online und allgemein zugänglich sein. Das zumindest ist und bleibt das Ziel des Projekts Oorlog voor de rechter („Krieg vor dem Richter“), das bei der Digitalisierung von Archivmaterial eine weltweite Vorreiterrolle einnimmt. Dass es dazu nun vorläufig nicht gekommen ist, liegt an Bedenken bezüglich der Privatsphäre der erwähnten Personen. Vorgebracht wurden diese schon Ende 2024 – von der unabhängigen Datenschutzbehörde Autoriteit Persoonsgegevens (AP).

Wenige Wochen vor der geplanten Öffnung richtete die Behörde eine formale Warnung an das zuständige Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft, wonach die Öffnung gegen gesetzliche Bestimmungen verstoße. „Dieses Archiv ist von großer gesellschaftlicher Bedeutung und bietet neue Möglichkeiten, um dahinterzukommen, was in der Vergangenheit geschehen ist. Aber die Art, wie das Nationale Archiv das CABR online zugänglich machen will, verstößt gegen das Archivgesetz und die Allgemeine Verordnung zum Datenschutz“, begründet die Behörde ihre Entscheidung.

Auf ihrer Website heißt es, das betreffende Material enthalte strafrechtlich relevante Details womöglich noch lebender Personen – Verdächtiger wie Opfer – und persönliche Dokumente wie Tagebücher, Briefe oder Fotos. Das alles könnte nicht einfach so allgemein öffentlich gemacht werden. Das Problem, so die AP weiter, sei dabei nicht, dass das Archiv zugänglich sei, sondern wie man an die Dokumente käme: Wenn weltweit Nutzer jederzeit die Möglichkeit hätten, darin zu „stöbern“, könnten empfindliche Informationen öffentlich

INFO

Solidaritätsstreik mit jüdischer Bevölkerung

Widerstand Laut dem Deutschen Historischen Museum haben eine verschärfte Repressionspolitik und Diskriminierungen von Juden, die rund 1,5 Prozent der niederländischen Bevölkerung ausmachten, ab 1941 zu verstärktem Widerstand gegen die deutschen Besatzer geführt.

Solidaritätsstreik Nach der Deportation von 425 Amsterdamer Juden in das Konzentrationslager Mauthausen folgten Ende Februar 1941 Hunderttausende Niederländer einem Aufruf der illegalen Kommunistischen Partei zu einem Solidaritätsstreik mit der jüdischen Bevölkerung.

Überlebende Rund 107.000 Juden wurden in Vernichtungslager deportiert, nur 5000 von ihnen haben überlebt. Zu den Opfern der Deportationen gehörte auch die aus Deutschland emigrierte jüdische Familie Frank. Sie hatte sich zwei Jahre lang in einem Hinterhaus versteckt, bevor sie 1944 verhaftet wurde. Die Tochter Anne Frank wurde nach Kriegsende zu einer Symbolfigur des Völkermords an den Juden. Ihr Tagebuch mit Eintragungen über das Leben im Versteck wurde 1950 auf Deutsch veröffentlicht. (nika)



Anne Frank wurde 1945 von den Nationalsozialisten ermordet. FOTO: DPA

Verbreitung finden, etwa über soziale Medien. „Diese unbegrenzte Zugänglichkeit bringt alles in allem unnötig große Privatsphären-Risiken mit sich.“

Tom de Smet, neben Afelonne Doek Direktor des Nationalen Archivs, sprach gegenüber dem TV-Sender NOS von einer Enttäuschung, „vor allem für die Angehörigen von Opfern, die nach 80 Jahren endlich auf eine niedrigschwellige Art Antworten zu finden hofften auf das, was mit ihrer Familie geschehen ist“. Auch Minister Eppo Bruins (Nieuw Sociaal Contract) bedauerte die Entscheidung und betonte „die große gesellschaftliche Bedeutung, dass dieses Kriegsarchiv schnell öffentlich und online zugänglich wird“. Wichtig sei das für Angehörige von Opfern, aber auch für Wissenschaft und Bildung sowie im Kampf gegen Antisemitismus. Das Archiv sei ein stiller Zeuge des Holocaust.

Bruins stellte eine Änderung des Archivgesetzes in Aussicht, um im Zweifelsfall entscheiden zu können, ob Privatsphäre oder öffentlicher Zugang zu Archiven schwerer wiegen. Gerade das Thema Kollaboration zeigt, welche Konflikte 80 Jahre nach Kriegsende noch bestehen. Letzteres hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die niederländische Öffentlichkeit erst spät begann, das Selbstbild von einer Gesellschaft im Widerstand zu hinterfragen – und der Tatsache ins Auge zu sehen, dass Kollaboration und Verrat von Jüdinnen und Juden gegen Kopfgeld weit verbreitet war. Mit rund 102.000 Ermordeten – drei Viertel der jüdischen Bevölkerung – hatten die Niederlande die relativ höchste Opferzahl Westeuropas.

Margo Weerts, Direktorin der jüdischen Wohlfahrtsstelle Joods Maatschappelijk Werk und Mitglied im Ethikbeirat des Digitalisierungsprojekts, erklärte in der jüdischen Zeitschrift „Nieuw Israëlitisch Weekblad“: „Die Leute wollen nicht nur wissen, wer ihre Familie verraten hat, sondern suchen auch nach jedem bisschen Information über das Schicksal ihrer Familie in der Schoah.“

WISSENSDRANG

Im Berliner Pen kam es vor Weihnachten zu Zerwürfnissen und Austritten. Auslöser war eine israelkritische Resolution einer Intellektuellengruppe, gegen die eine Gegenresolution eingebracht wurde. Schließlich wurde ein Kompromiss gefunden. Die Gruppe, die die erste Resolution eingebracht hatte, sah ihre Botschaft verwässert und trat unter lautem Protest aus. (Es handelt sich übrigens um einen Schriftstellerverband und nicht um eine linke Sekte.) Das Kuriose an dem Vorgang: Erstens weiß jeder, dass solche Resolutionen politisch wirkungslos sind. Und zweitens fördert der Verein nicht nur bedrohte Autoren im Ausland, sondern mit vielen erfolgreichen Veranstaltungen auch die Streitkultur. Das oberste Gebot der Streitkultur lautet aber: Ver-

Zerwürfnisse und Austritte

Im Pen in Berlin gab es Streit um eine israelkritische Resolution.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

wechsle Meinungsfreiheit nicht mit einem Recht auf Zustimmung. Der Streit im Pen Berlin führt uns wieder einmal ein Rätsel der menschlichen Natur vor Augen: Sehr kluge Menschen hängen ihr Herz gern daran, etwas offensichtlich Unwichtiges zu tun, das ihnen selbst und anderen schadet, auch wenn sie die Möglichkeit hätten, etwas Gutes und Wichtiges zu tun – zum Beispiel Unterkünfte und Stipendien für geflüchtete Schriftsteller zu organisieren. Und sie schreiben sich eine Allwissenheit zu, die sie nicht haben. Das ist rational nicht erklärbar. Darüber hat sich schon der Kirchenvater Augustinus lange den Kopf zerbrochen. Schließlich kam er zur Sündenfalllehre: Vorher muss unser Geist klar und unser Wille frei gewesen sein. Seitdem zie-

hen wir das Böse oder das weniger Gute dem offensichtlich Guten vor. Das erklärt aber noch nicht, warum es besonders hochintelligente Menschen trifft, wie Elon Musk, der sich neuerdings in erstaunlich unsachkundiger Weise in die internationale Politik einmischt. Mein Sohn hat dazu eine Theorie: Die Welt ist für durchschnittlich intelligente Menschen gemacht. Nicht für die sehr Unintelligenten und die sehr Intelligenzen. Letztere neigen in ihrer Selbstüberschätzung zur gleichen Dummheit wie die sehr Dummen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.